

Urban Green – Grüne Stadt für alle

Anton Brokow-Loga

*Angesichts von Klimakrise und Wohnungsknappheit stehen neue Quartiere und Häuser und der Erhalt von Grünflächen zunehmend im Fokus von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Eine stets wachsende Stadtbevölkerung sowie sich verändernde Wohn-, Mobilitäts- und Freizeitbedürfnisse der Bewohner*innen verschärfen die Situation. Der zweite Termin der Gesprächsreihe „Urban_Green: Gemeinsam auf dem Weg zur grüneren Stadt“ beschäftigte sich daher mit den entscheidenden Fragen: Wie können Neubauten und Grün zusammen geplant werden? Wie kann die soziale und ökologische Wohnungsfrage zusammen gedacht werden?*

Klimagerechte Antworten auf die Wohnungsfrage zu finden, ist eine herausfordernde Aufgabe. Viel zu häufig wird der Blick dabei verengt, einzelne Konfliktfälle hochgebauscht, Komplexität ignoriert.

Gerade in den beiden existenziellen und eng miteinander verbundenen Krisen unserer Zeit – Wohnungs- und Klimakrise – werden besonders häufig ökologische gegen soziale Fragen ausgespielt.

Sichtbar wird das zum einen im Phänomen der *Green Gentrification* in Innenstadtlagen, das aufzeigt, wie ökologische Aufwertung und Verdrängung Hand in Hand gehen können. Die Verbesserung von Lebensräumen in Innenstadtlagen durch Begrünungsprojekte und energetische Sanierungen scheint aus klimatischer Sicht durchaus geboten. Die dadurch in Gang gesetzte Aufwertung wird jedoch stellenweise instrumentalisiert, um noch höhere Profite zu erzeugen oder ärmere Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtvierteln gezielt auszuschließen. Auch das *Urban Greening* folgt damit mancherorts einer Effizienz- und Wachstumslogik, die soziale Ungerechtigkeit reproduziert und die Bezahlbarkeit des Wohnens und damit auch soziale Nachhaltigkeit völlig aus dem Blick verliert.

Zum anderen erscheint der vermeintliche Graben zwischen Sozialpolitik und Klimapolitik geradezu unüberbrückbar, wenn die einzige wirklich nennenswert verfolgte Strategie gegen die Wohnungsnot in „Bauen, bauen, bauen“ gesucht wird. Symptomatisch ist das vom deutschen Innenministerium als Lösungsmittel beworbene „Baukindergeld“, das einen staatlichen Zuschuss für Neubau oder Hauserwerb gewährt. Die dadurch überall sprießenden neuen Einfamilienhausgebiete zeugen dabei nicht nur von Zersiedelung, ressourcenintensivem Betonverbrauch und vom Verlust ökologisch wertvoller Böden, was dem deutschen Nachhaltigkeitsziel, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, vollkommen entgegensteht. Es zeigt sich hier auch eine Vertiefung materieller Ungleichheit: Reiche Haushalte profitieren hier in besonderem Maß zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Michelsen, Bach und Harnisch, 2018). Die Wohnungsnot maßgeblich über noch mehr Neubau lösen zu wollen, verschleiert die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Debatte darüber, wie inmitten der Klimakrise ausreichender und angemessener Wohnraum für alle organisiert werden kann.

Der Fokus der Debatte muss dringend auf den Umbau des Bestands gelegt werden. Zum einen, weil der Gebäudesektor nach wie vor für fast 40% der Gesamtemissionen von Treibhausgasen in Deutschland verantwortlich ist. Zum anderen wegen der „Trägheit“ des Wohnungsmarkts: nur 3% aller Gebäude wurden in den letzten 10 Jahren gebaut, ein Großteil des Bestands der Wohngebäude in Deutschland ist älter als 30 Jahre. Beim nötigen Umbau des Bestands müssen technologische Maßnahmen für Energieeffizienz immer in Verbindung mit Mieter*innenschutz verhandelt und umgesetzt werden, um Entwicklungen wie *Green Gentrification* zu verhindern. Energetische Sanierungen könnten beispielsweise nach dem „Drittelmodell“ zwischen Mieter*innen, Vermieter*innen und Staat gerecht verteilt werden, wie eine Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung (Mellwig & Pehnt, 2019) nahelegt. Und auch für neu zu integrierende Grünräume muss die Nachbarschaft von Beginn an – spätestens mit Formulierung der Aufgabenstellung – in den Prozess der Planung eingebunden sein. Zudem lassen sich mitwachsende partizipative Grünflächen auch mit „Claim-Flächen“ verwirklichen – ein Konzept, das 2007 im Rahmen der IBA in Dessau entwickelt wurde. Dieses ermöglicht Nachbar*innen, für eine Parzelle städtischen Bodens eine zeitlich befristete Patenschaft zu übernehmen (Brückner 2020: 398).

Neubau kann jedoch in begrenztem Maße zu einer sozial und ökologisch gerechten Transformation beitragen.

Bei Wohnungsneubau in bestehenden Quartieren ist zuallererst das Prinzip der doppelten Innenentwicklung zu beachten: Die Entwicklung der Stadt wird dabei nicht nur im Sinne einer baulichen Verdichtung betrieben, sondern auch das urbane Grün wird erhalten, weiterentwickelt und qualifiziert. Diesem Ansatz folgt zum Beispiel die Stadt Hamburg mit ihrer „Qualitätsoffensive Freiraum“, nachdem es jahrelange Auseinandersetzungen und Kampagnen von umweltpolitischen Akteur*innen dazu gegeben hatte. Auch wenn mittlerweile in Fachdebatten längst von dreifacher Innenentwicklung gesprochen wird – was die Förderung von Nachbarschaftsbeziehungen auf Quartiersebene zusätzlich miteinbezieht – ist die Umsetzung von integriertem Neubau und Weiterentwicklung von Frei- und Grünräumen nach wie vor die Hauptaufgabe, vor der viele Städte stehen.

Kommunen sollten dabei insbesondere die Möglichkeiten von Baurecht und Bauordnung nutzen und selbstbewusst auftreten: Vorgaben zur Dach- und Fassadenbegrünung, Freiräume und Stadtacker, Solaranlagen auf allen Dächern könnten in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen festgehalten werden. Paradoxerweise gehört auch die Artenvielfalt mittlerweile zu den Stärken der Stadt: So haben Ornitholog*innen belegt, dass ländliche Gebiete (durch intensive Agroindustrie) viel ärmer an Vogelarten sind als städtische – dies gilt auch für andere Tierarten, wie Füchse oder Waschbären, Bienen oder Juchtenkäfer. Diese Artenvielfalt in den Städten lebt von Freiflächen, verborgenen Winkeln und verwilderten Ecken.

Für die grüne Stadt der Zukunft sollte der Neubau allerdings auch explizit sozialen Ansprüchen genügen und ausschließlich bezahlbaren Wohnraum mit urbanen Qualitäten schaffen. Rendite- oder luxusorientierten Wohnungsbau kann weder in zunehmend teurer werdenden Metropolregionen noch auf einem zunehmend aufgeheizten Planeten funktionieren. Bei der Umorientierung ist das städtebauliche Instrument des Konzeptvergabeverfahrens hilfreich. Städte wie Leipzig oder Frankfurt am Main wenden es seit Jahren erfolgreich an: Bauflächen oder Immobilien werden nicht nach Best- oder Höchstpreis, sondern nach Kriterien vergeben: Nachhaltigkeit, Organisationsform und Gemeinwohlorientierung spielen dabei wichtige Rollen. Auch umweltfreundliche Mobilitätsformen

und konsequente Erschließung mit öffentlichem Nahverkehr sollten von Beginn an in die Entwicklung neuer Quartiere miteinbezogen werden.

Nicht zuletzt muss die grüne Stadt für alle nicht nur „schön grün“, sondern krisenfest, sprich: resilient, werden. Die Anforderungen dafür sind umfassend, aber unumgänglich: Retentions- und Überflutungsgebiete einplanen, Hochwasserschutz mitdenken, Klimabäume pflanzen, Ernährung im nahen Umland sicherstellen, hochwertige öffentliche Räume kreieren. Und noch mehr:

Das zukünftige Verständnis von Urbanität muss wachstumskritisch und zugleich visionär sein

(Brokow-Loga & Eckardt 2020: 15). Während die grüne Stadt sicherlich die zentrale Vision für städtisches Leben im 21. Jahrhundert werden muss, ist ihre Verwirklichung an eine wichtige Bedingung gekoppelt: Sie ist entweder für alle oder sie ist nicht.

Weiterlesen / Referenzen:

Brokow-Loga, A., & Eckardt, F. (Hrsg.) (2020), Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik, München: oekom.

Brückner, H. (2020). Das Bauhaus als Transformationsgestalter. In Postwachstumsgeographien (pp. 387-412), transcript-Verlag.

Mellwig, P., & Pehnt, M. (2019). Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen. Kurzgutachten zur sozialen und klimagerechten Aufteilung der Kosten bei energetischer Modernisierung im Wohnungsbestand, Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Heidelberg.

Michelsen, C., Bach, S., & Harnisch, M. (2018). Baukindergeld: Einkommensstarke Haushalte profitieren in besonderem Maße, DIW-Studie.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2019). Innenentwicklung in städtischen Quartieren: Die Bedeutung von Umweltqualität, Gesundheit und Sozialverträglichkeit, Dessau-Roßlau.

Anton Brokow-Loga forscht an der Schnittstelle von Urbanistik, Politikwissenschaft und Transformationsforschung. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar und Teil des I.L.A.-Kollektivs. Zuletzt erschien von ihm und Frank Eckardt: „Stadtpolitik für alle. Städte zwischen Pandemie und Transformation“, 2021, Heidelberg: Verlag Graswurzelrevolution.